Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Ortsgemeinde Ochtendung

Am Donnerstag, 09.03.2023, findet um 18:30 Uhr, im Sitzungssaal I des Rathauses in Ochtendung eine Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Ortsgemeinde Ochtendung mit folgender Tagesordnung statt:

Über die Homepage der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld (www.maifeld.de) gelangen Sie über "Rathaus & Bürgerservice > Ratsinformationssystem > Bürgerinfoportal" zum Bürgerinfoportal, in dem Ihnen eine öffentliche Einladung ohne Anlagen zur Einsichtnahme zur Verfügung steht. Sie wird bei Bedarf bis zum Sitzungstag aktualisiert.

18:00 Uhr Ortstermin auf dem Friedhof
--

Öffentlicher Teil:

- 1) Maßnahmen zur Barrierefreiheit in der Ortsgemeinde Ochtendung
- 2) Anschaffung einer Küchenzeile für das Kindercafé in der Kindertagesstätte "Bienenhaus"
- 3) Instandsetzung und Neugestaltung des Außengeländes der Kindertagesstätte "Bienenhaus"
- 4) Beitritt zum Kommunalen Klimapakt KKP
- 5) Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation
- 6) Grundsatzbeschluss zur Befestigung eines Parkplatzes "Im Oberpflug"
- 7) Unterhaltungsarbeiten am Gemeindeverbindungsweg zu den Sackenheimer Höfen
- 8) Bauangelegenheiten / Bauanträge
- 9) Mitteilungen und Beantwortung von evtl. schriftlichen Anfragen

Im Anschluss an den öffentlichen Teil findet ein nicht öffentlicher Teil statt.

Ochtendung, 28. Februar 2023
Ortsgemeinde Ochtendung

LOTHAR KALTER
Ortsbürgermeister

Bau- und Planungsausschuss

TOP-Nr.: 1 Maßnahmen zur Barrierefreiheit in der Ortsgemeinde Ochtendung
(Ochtend/491/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 5

Sachverhalt:

In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 23.01.2023 wurde angeregt, weitere Maßnahmen zur Barrierefreiheit in der Ortsgemeinde Ochtendung umzusetzen. Hierzu wurde das von der Ortsgemeinde Ochtendung beim Ingenieurbüro Fassbender + Weber, Brohl- Lützing, erstellte Konzept, welches am 04.04.2019 im Ausschuss erläutert wurde, wieder aufgegriffen.

Die Maßnahmen in der Langenbergstraße wurden darin bereits umgesetzt. Im Friedhofsumfeld sind umfangreiche Abstimmungsarbeiten mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) erforderlich, da es sich bei der Kreisstraße 94 (K 94) um eine klassifizierte Straße handelt. Zudem ist im Friedhofsbereich wegen der vielen Zwangspunkte (Gehwegbreiten etc.) die Herstellung der Barrierefreiheit sehr kompliziert und bedarf größeren Planungs- bzw. Baumaßnahmen. Um die vielfältigen Probleme in diesem Bereich zu erörtern, findet unmittelbar vor der Sitzung ein Ortstermin auf dem Friedhofsgelände statt.

Es bestünde alternativ die Möglichkeit, die momentan noch nicht in das Konzept aufgenommenen Fahrbahnquerungen in der Ludwig-Uhland-Straße, Lessingstraße und der Goethestraße aufzunehmen und anschließend baulich umzusetzen. Hier müsste nach vorheriger Planung und erneuter Abstimmung / Vorstellung in den Gremien, das Ingenieurbüro mit der Ausschreibung beauftragt werden. Für die bauliche Umsetzung ist momentan mit groben Schätzkosten in Höhe von ca. 5.500,00 EUR pro barrierefreiem Übergang zu rechnen. Eine Gesamtmaßnahme käme also auf ca. 16.500,00 EUR (ohne die noch erforderlichen Ingenieurleistungen). Bei einer Baumaßnahme in dieser Größenordnung müsste laut Vergaberecht eine Preisanfrage mit drei Teilnehmern durchgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei der Buchungsstelle 54101-523380 stehen im Haushalt 2023 insgesamt Mittel in Höhe von ca. 70.000,00 EUR zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt grundsätzlich, die barrierefreien Fahrbahnquerungen in der Ludwig-Uhland-Straße, Lessingstraße und der Goethestraße in das Konzept zur Barrierefreiheit aufzunehmen und das Ingenieurbüro Fassbender + Weber, Brohl- Lützing, zu beauftragen, die Planungen dahingehend zu erweitern (Grundsatzbeschluss).

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Bau- und Planungsausschuss	09.03.2023	Ochtend/491/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

Bau- und Planungsausschuss

TOP-Nr.: 2 Anschaffung einer Küchenzeile für das Kindercafé in der Kindertagesstätte "Bienenhaus" (Ochtend/495/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Für das Kindercafé im Gruppenraum 2 der Kindertagesstätte „Bienenhaus“ soll eine Küchenzeile angeschafft werden. In Absprache mit der Kindergartenleitung wurden drei Fachfirmen aufgefordert, ein Angebot zu unterbreiten. Bis zum Abgabetermin wurde lediglich ein Angebot unterbreitet. Folgendes Angebot liegt vor:

Rinneburger Küche 3000, Mayen

Lieferung und Installation einer Küchenzeile mit einer kristallweiß glänzenden Front, gemäß beigefügter Planung. Arbeitsplatte (d = 4 cm) und die Nischenverkleidung (h = ca. 480 und 675 mm) in Betonoptik; inklusive Induktion Glas-Kochfeld, Backofen, Spülbecken aus Edelstahl mit Einhebelmischer und einem Unterbaukühlschrank. Des Weiteren ist als Raumelement ein Podest mit einem rutschhemmenden Belag und einer Rückwandverkleidung inkludiert.

Angebotspreis: 7.989,00 EUR

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2023 stehen insgesamt Mittel in Höhe von 53.320,01 EUR (Umbau Außengelände 13.320,01 EUR sowie 40.000,00 EUR (Überdachung Eingangsbereich) zur Verfügung (Übertrag aus dem Haushaltsjahr 2022).

Beschlussvorschlag:

Das Gremium stimmt der Auftragsvergabe an Rinneburger Küche 3000, Mayen, zum Angebotspreis in Höhe von 7.989,00 EUR zu.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.				
Bau- und Planungsausschuss	09.03.2023	Ochtend/495/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

Bau- und Planungsausschuss

TOP-Nr.: 3 Instandsetzung und Neugestaltung des Außengeländes der Kindertagesstätte "Bienenhaus" (Ochtend/494/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Die große Spielkombination auf dem Außengelände der Kindertagesstätte „Bienenhaus“ musste aufgrund schwerer sicherheitstechnischer Mängel abgebaut werden. Eine Instandsetzung wäre sehr aufwendig und hinsichtlich des Alters unwirtschaftlich gewesen.

Weiterhin ist die vorhandene Matschanlage nicht mehr funktionstüchtig und muss, damit sie weiterhin genutzt werden kann, instandgesetzt werden. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, den vorhandenen Spielsand auszutauschen.

In Absprache mit der Kindergartenleitung soll als Ersatz für die große Spielkombination eine GFK-Hangrutsche mit Holzpodest (L = 4,77 m, B = 1,00 m) installiert werden, die von allen Kindern (auch U3-Kindern) genutzt werden kann. Für die Hangrutsche sind ein Hügel und eine Geländemodellierung erforderlich.

Die Kosten für die Durchführung der Instandsetzung- und Neugestaltungsarbeiten werden auf 20.150,00 EUR geschätzt.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2023 stehen insgesamt Mittel in Höhe von 53.320,01 EUR (Umbau Außengelände 13.320,01 EUR plus 40.000,00 EUR (Überdachung Eingangsbereich) zur Verfügung (Übertrag aus dem Haushaltsjahr 2022).

Beschlussvorschlag:

Das Gremium stimmt den Instandsetzungs- und Neugestaltungsarbeiten auf dem Außengelände der Kindertagesstätte Bienenhaus zu. Herr Ortsbürgermeister Lothar Kalter wird bevollmächtigt, die erforderlichen Aufträge zu erteilen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.				
Bau- und Planungsausschuss	09.03.2023	Ochtend/494/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

TOP-Nr.: 4 Beitritt zum Kommunalen Klimapakt KKP (Ochtend/492/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Der Verbandsgemeinderat Maifeld hat im Dezember 2022 beschlossen, am Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP) teilzunehmen. Da die Bewerbung für den KKP gesammelt durch die Verbandsgemeinden erfolgen soll, werden folglich die Gemeinden der Verbandsgemeinde Maifeld auf Teilnahme am KKP abgefragt.

Zukünftig werden für teilnehmende Kommunen bei Landesförderungen höhere Förderquoten in Aussicht gestellt.

Informationstext zum Förderprogramm:

Gemäß gemeinsamer Erklärung über den Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP) können die Kommunen ab 1. März 2023 dem kommunalen Klimapakt beitreten.

Mit dem Beitritt geht eine Kommune eine Selbstverpflichtung ein, besonders ambitioniert im Bereich des Klimaschutzes bzw. der Anpassung an die Klimawandelfolgen vorzugehen, und erhält im Gegenzug eine gezielte, bedarfsorientierte und individuelle Beratung und Begleitung im Bereich Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen.

Voraussetzung für den Beitritt ist u. a. ein entsprechender Beschluss des Gemeinderats, des Stadtrats bzw. des Kreistags mit dieser Selbstverpflichtung. Weiterhin sind dazu bis zu fünf konkrete Maßnahmen zu nennen, die die Kommune dazu umsetzen möchte.

Beratungsvorlage:

1. Gegenstand und Ziel des Beschlusses

Gegenstand und Ziel des Beschlusses ist der Beitritt zum Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP). Dieses Angebot wurde von den kommunalen Verbänden und dem Land ausgearbeitet. Mit dem Beitritt verpflichtet sich eine Kommune, ihre Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes (Reduktion der Treibhausgasemissionen bzw. Ausbau von CO₂-Senken) bzw. der Anpassung an die Klimawandelfolgen (Hitze, Dürre, Starkregen etc.) zu forcieren und besonders ambitioniert vorzugehen. Hierzu benennt jede Kommune bis zu fünf Ziele bzw. Maßnahmen, die sie in Angriff zu nehmen beabsichtigt; diese sind Ausgangspunkt für eine individuelle und „maßgeschneiderte“ Beratung, die für jede beitretende Kommune im Hinblick auf die konkrete Umsetzung solcher Maßnahmen zusätzlich über den KKP angeboten wird.

2. Allgemeiner Hintergrund

Im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens hat sich das Land Rheinland-Pfalz zum Ziel gesetzt, die Emissionen an Treibhausgasen drastisch zu reduzieren und bis spätestens 2040 (lt. Koalitionsvertrag) klimaneutral zu werden – und so dazu beizutragen, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Zudem gilt es, die Folgen des Klimawandels durch geeignete und wirksame Anpassungsmaßnahmen zu bewältigen.

Dazu bedarf es erheblicher Anstrengungen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen, auch und insbesondere auf der kommunalen Ebene. Denn auf dieser Ebene werden die konkreten Rahmenbedingungen für die notwendigen Maßnahmen gesetzt, insbesondere in den Bereichen Bauleitplanung, Erzeugung erneuerbarer Energien sowie Mobilität / ÖPNV.

Die Kommunalen Spitzenverbände, der Verband kommunaler Unternehmen (Vku), die Energieagentur Rheinland-Pfalz und die Landesregierung, vertreten durch das federführende Klimaschutzministerium (MKUEM) einschließlich des Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen (KfK), sowie das Wirtschafts- und Innenministerium (MWVLW bzw. Mdl) haben sich daher darauf verständigt, gemeinsam den Kommunalen Klimapakt einzurichten. Grundlage hierfür ist die Gemeinsame Erklärung vom 29. November 2022 (Anlage 1).

3. Eckpunkte des Kommunalen Klimapakts

Der Kommunale Klimapakt besteht im Kern aus einem gegenseitigen Leistungsversprechen: Die beitretenden Kommunen forcieren ihr Engagement im Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimawandelfolgen und bekennen sich zu den Klimaschutzzielen des Landes. Im Gegenzug fördert und begleitet die Landesregierung die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen mit konkreten und passgenauen Angeboten und Leistungen. Der Kommunale Klimapakt wurde zunächst für die Jahre 2023 und 2024 vereinbart, ist aber auf Dauer angelegt und soll 2024 für die Folgejahre mit allen Beteiligten fortgeschrieben werden.

4. Verstärktes Engagement im Rahmen des Kommunalen Klimapakts

Mit dem Beitritt zum Kommunalen Klimapakt ist die Selbstverpflichtung verbunden, unsere Aktivitäten sowohl im Klimaschutz als auch in der Anpassung an Klimawandelfolgen über das bisherige Arbeitshilfe Beratungs- und Beschlussvorlage für den Beitritt zum KKP 4 Maß hinaus zu verstärken. Hierzu benennt jede Kommune mit dem Beitritt bis zu fünf Ziele bzw. Maßnahmen, die sie zu diesem Zweck zu verfolgen bzw. in Angriff zu nehmen beabsichtigt. Für unsere Kommune kommen dazu folgende Beispiele in Betracht:

- Ausbau der Ladeinfrastruktur
- Forcierte schrittweise Realisierung von PV-Anlagen auf allen geeigneten kommunalen Dachflächen
- Kommunale Beteiligung an einem WEA- oder PV-Projekt im Stadt- / Gemeindegebiet
- Naturnahe, klimaresiliente Renaturierung
- Energetische Grundsanierung kommunaler Liegenschaften
- Geringinvestive Maßnahmen zur Reduzierung der Heizlasten (z. B. Heizungsoptimierung, Dichtigkeit von Türen und Fenstern u. ä.)
- Umstellung der Gebäudebeheizung / Warmwasserbereitung auf Erneuerbare Energien in einzelnen kommunalen Liegenschaften
- Forcierte Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Beleuchtung
- Vermeidung jeglichen Standby Verbrauchs durch schaltbare Steckerleisten und Zeitschaltuhren
- Systematische Prüfung auf Potentiale für kalte Nahwärmenetze in Rahmen einer Wärmeleitplanung; Mitverlegung zukunftsfähiger Infrastruktur bei Straßenbauvorhaben (z. B. Leitungen / Leerrohre für Nahwärmenetze)
- Umsetzung eines Projektes zur Anpassung an Klimawandelfolgen (z. B. Begrünung, Entsiegelung, Hitzeminderung, Starkregenvorsorge)

Diese Ziele bzw. Maßnahmen werden nach dem Beitritt im Zuge des exklusiv für die „KKP-Kommunen“ zur Verfügung stehenden Beratungsangebots nochmals im Einzelnen besprochen, dabei im jeweiligen kommunalen Kontext eingeordnet und priorisiert, je nach Bedarf auch modifiziert, revidiert oder ergänzt, um im Ergebnis ein Paket an wirksamen, effektiven und auch im Hinblick auf den finanziellen Aufwand effizienten Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen und so einen bestmöglichen Beitrag zur zeitnahen Reduktion der Treibhausgasemissionen bzw. zur Anpassung an Klimawandelfolgen zu leisten. Das Ergebnis dieser Beratung wird im Nachgang nochmals in den kommunalen Gremien beraten und die dann noch erforderlichen Folgebeschlüsse gefasst.

Um diesen Beratungs- und Umsetzungsprozess optimal zu unterstützen, wird die Verwaltung entsprechende personelle Kapazitäten und organisatorische Ressourcen und Infrastruktur bereitstellen sowie in der Beitrittserklärung eine zentrale Ansprechperson in der Verwaltung benennen und deren Stellvertretung sicherstellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Der Beschluss zum KKP-Beitritt ist nicht mit unmittelbaren finanziellen Pflichten verbunden. Über die Umsetzung konkreter Projekte und Maßnahmen ist gesondert im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung zu beraten und zu entscheiden. Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen stehen - neben originären Eigenmitteln - im Wesentlichen folgende Optionen zur Verfügung:

a) Im Rahmen der Kommunalen Klima-Offensive wird das Land flankierend zum KKP über das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) den Kommunen 2023 insgesamt 180 Mio. EUR zur Verfügung stellen. Davon entfallen auf die Gemeinde rd. 14,61 EUR pro Einwohner. Diese können und sollen im Einklang für die unter Nr. 4 genannten investiven Maßnahmen eingesetzt werden und entlasten insoweit den kommunalen Haushalt.

b) Weitere maßgebliche Finanzierungsquellen sind daneben öffentliche Fördermittel aus den einschlägigen Förderprogrammen des Landes, des Bundes oder der EU. Eine möglichst weitgehende Ausnutzung dieser Fördermöglichkeiten ist zentraler Gegenstand und Zielsetzung des begleitenden Beratungsangebots aus dem KKP heraus.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt den Beitritt am Kommunalen Klimapakt. Damit verpflichtet sich das Gremium, seine Aktivitäten sowohl im Klimaschutz als auch in der Anpassung an Klimawandelfolgen zu verstärken und dabei ambitioniert vorzugehen. Es benennt dazu folgende Ziele und Maßnahmen und bringt diese in das weitere Verfahren ein:

- 1) Ausbau der Ladeinfrastruktur
- 2) Forcierte schrittweise Realisierung von PV-Anlagen auf geeigneten kommunalen Dachflächen
- 3) Umstellung der Gebäudebeheizung / Warmwasserbereitung auf Erneuerbare Energien in einzelnen kommunalen Liegenschaften
- 4) Geringinvestive Maßnahmen zur Reduzierung der Heizlasten (z. B. Heizungsoptimierung, Dichtigkeit von Türen und Fenstern u. ä.)
- 5) Forcierte Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technik

Weiter sollen folgende Punkte mit aufgenommen werden:

- 1) _____
- 2) _____
- 3) _____

Auf dieser Basis wird die Verwaltung beauftragt,

- die vollständige Beitrittserklärung gemäß diesem Beschluss in der vorgegebenen Form zeitnah an das MKUEM abzugeben,
- zu prüfen, welche der über den KKP zur Verfügung stehenden Beratungsangebote in Anspruch genommen werden sollen und diese zeitnah und proaktiv anzufordern sowie
- entsprechende personelle Kapazitäten und organisatorische Ressourcen und Infrastruktur bereitzustellen, um den Beratungs- und Umsetzungsprozess optimal zu unterstützen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Bau- und Planungsausschuss	09.03.2023	Ochtend/492/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Bau- und Planungsausschuss

TOP-Nr.: 5 Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation
(Ochtend/493/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Im Rahmen der Landesförderung „Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation“ (KIPKI) sollen der Verbandsgemeinde Maifeld 726.110,04 EUR zur Verfügung gestellt werden. Der Verbandsgemeinderat hat im Dezember 2022 beschlossen, 50 % der Zuwendung an die Städte und Ortsgemeinden weiter zu reichen. Somit sollen den Gemeinden pro Einwohner rd. 14,61 EUR zur Verfügung gestellt werden.

Aufteilung in der VG Maifeld (Zuweisungsfaktor 14,61103595):

Einig	(143 EW)	2.089,38 EUR
Gappennach	(316 EW)	4.617,09 EUR
Gering	(415 EW)	6.063,58 EUR
Gierschnach	(274 EW)	4.003,42 EUR
Kalt	(457 EW)	6.677,24 EUR
Kerben	(496 EW)	7.247,07 EUR
Kollig	(567 EW)	8.284,46 EUR
Lonnig	(1.259 EW)	18.395,29 EUR
Mertloch	(1.380 EW)	20.163,23 EUR
Münstermaifeld	(3.432 EW)	50.145,08 EUR
Naunheim	(471 EW)	6.881,80 EUR
Ochtendung	(5.494 EW)	80.273,03 EUR
Pillig	(459 EW)	6.706,47 EUR
Polch	(6.939 EW)	101.385,98 EUR
Rüber	(889 EW)	12.989,21 EUR
Trimbs	(613 EW)	8.956,57 EUR
Welling	(915 EW)	13.369,10 EUR
Wierschem	(329 EW)	4.807,03 EUR
Verbandsgemeinde Maifeld	(24.848 EW)	363.055,01 EUR

Die Besonderheit an dem Förderprogramm ist, dass kein kommunaler Eigenanteil erbracht werden muss, sodass 100 % der Zuwendung in Maßnahmen fließen können. Fördermittel aus Gemeinden, die bis zum 01.06.2023 keine Maßnahmen nennen, werden umverteilt. Die Fertigstellung (inkl. Abrechnung) der Maßnahmen muss bis spätestens 31.05.2026 erfolgen.

Die Auszahlung der Fördermittel soll im Herbst / Winter 2023 erfolgen.

Die Verwendung der Fördermittel soll so erfolgen, dass die Kosten der Maßnahme mindestens geringfügig über der Zuwendungssumme liegen, um Rückforderungen zu verhindern.

Beispiele für förderfähige Maßnahmen sind aus der beigefügten „Positivliste“ zu entnehmen.

Beispiele (diese können im Einklang mit dem KKP stehen):

- 1) Errichtung einer Ladesäule für E-Autos
- 2) Errichtung einer PV-Anlage (oder mehrerer)
- 3) Erneuerung der Heizungsanlage (unter Ausschluss fossiler Energieträgern)
- 4) Geringinvestive Maßnahmen zur Reduzierung der Heizlasten (z. B. Heizungsoptimierung, Dichtigkeit von Türen und Fenstern u. ä.)
- 5) Umrüstung der Beleuchtung auf LED-Technik (Straßenbeleuchtung / Liegenschaft)

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, unter Vorbehalt der Bewilligung der Zuwendung, die folgende(n) Maßnahme(n) anzustoßen:

Das Gremium wird über die Bewilligung informiert. Die weitere Vorgehensweise wird im Gremium beraten.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Bau- und Planungsausschuss	09.03.2023	Ochtend/493/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Bau- und Planungsausschuss

TOP-Nr.: 6 Grundsatzbeschluss zur Befestigung eines Parkplatzes "Im Oberpflug" (Ochtend/479/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 5

Sachverhalt:

Die Ortsgemeinde Ochtendung trat mit dem Anliegen an die Verwaltung heran, eine Fläche in der Straße „Im Oberpflug“, welche bereits im Bebauungsplan als Parkfläche vorgesehen ist, mittels Pflaster zu befestigen. Es handelt sich um die Fläche Flur 13, Flurstück 677/2, gemäß angefügtem Lageplan.

Zudem ist angedacht, den Containerstellplatz in diesem Bereich ebenfalls mit Betonsteinpflaster zu befestigen. Insgesamt ist eine Pflasterfläche von ca. 80 m² vorgesehen. Eine grobe Kostenschätzung der Verwaltung kommt auf Schätzkosten in Höhe von 19.000,00 EUR für die Durchführung der Maßnahme. Bei einem Projekt in dieser Größenordnung müsste laut Vergabeverordnung eine Preisanfrage mit drei Teilnehmern durchgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei der Buchungsstelle 54101-523380 stehen für das Jahr 2023 Haushaltsmittel in Höhe von ca. 69.000,00 EUR zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, grundsätzlich die Fläche Flur 13, Flurstück 677/ 2, gemäß angefügtem Lageplan teilweise (ca. 80 m²) zu befestigen. Gleichzeitig wird der Ortsbürgermeister nach der durchgeführten Preisanfrage ermächtigt, den Auftrag an den wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			z. K.	vertagt
Bau- und Planungsausschuss	09.03.2023	Ochtend/479/2023									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Bau- und Planungsausschuss

TOP-Nr.: 7 Unterhaltungsarbeiten am Gemeindeverbindungsweg zu den Sackenheimer Höfen (Ochtend/485/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 5

Sachverhalt:

In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 28.11.2022 wurde die Durchführung von Asphaltreparaturarbeiten (in Höhe von ca. 3.000,00 EUR) an dem Gemeindeverbindungsweg zu den Sackenheimer Höfen beschlossen. Nachterminlich wurde nun festgestellt, dass sich die Natursteinpflasterfläche (ca. 250 m²) am Übergang des Maifeldradwegs in einem desolaten Zustand befindet. Hier sind die vorhandenen Basaltpflastersteine teilweise komplett auseinandergebrochen und eine Sanierung gestaltet sich mit dem vorhandenen Pflaster schwierig und ist zudem unwirtschaftlich. Als Sofortmaßnahme wurden die größten Schlaglöcher mittels Kaltmischgut vom Bauhof verschlossen sowie die Beschilderung der Gefahrenstelle erweitert. Dies kann jedoch nur eine temporäre Maßnahme sein, der Bereich müsste komplett saniert werden.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, das vorhandene Natursteinpflaster in einer Stärke von ca. 0,15 m vollständig aufzunehmen und auf dem vorhandenen Unterbau, nach Herstellung des Planums, eine Asphalttragdeckschicht in gleicher Dimension aufzubringen. Die groben Schätzkosten für eine solche Maßnahme belaufen sich auf 27.500,00 EUR.

Nachteil an dieser Lösung wäre die zu erwartende Ablehnung der Gewährleistung durch die Baufirma, da der Aufbau auf einem Untergrund erfolgt, der nicht untersucht bzw. nicht nach Regelwerk hergestellt wurde (Unterlage des Auftraggebers). Da in der Natursteinpflasterfläche aber keine größeren Absackungen zu erkennen sind, kann hier von einem standfesten Untergrund ausgegangen werden. Eine Untersuchung des Untergrundes und der daraus wahrscheinlich resultierende Austausch, würde die Baukosten vermutlich verdoppeln, weil hier auch eine Entsorgung des Aushubs einzurechnen wäre. Bei einer Maßnahme in dieser Größenordnung ist laut Vergaberecht eine Preisanfrage mit drei Teilnehmern durchzuführen.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei der Buchungsstelle 54101-523380 stehen im Haushaltsansatz für das Haushaltsjahr 2023 Mittel in Höhe von 125.000,00 EUR zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt grundsätzlich, die erforderlichen Unterhaltungsarbeiten (Ersetzen der Natursteinpflasterfläche durch eine Asphalttragdeckschicht ohne Austausch des Untergrundes) am Gemeindeverbindungsweg zu den Sackenheimer Höfen durchführen zu lassen (Grundsatzbeschluss). Gleichzeitig wird der Ortsbürgermeister nach durchgeführter Preisanfrage ermächtigt, den Auftrag an den wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab- stimmung	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			z. K.	
Bau- und Planungsausschuss	09.03.2023	Ochtend/485/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			